



**UNWETTER**  
Frankreich von  
Sturmtief Xynthia  
schwer getroffen  
Weltspiegel



**BILDUNG**  
Die heimliche Schule:  
Immer mehr Kinder  
brauchen Nachhilfe  
Themen des Tages

**KONSTANZ**  
DIENSTAG, 2. MÄRZ 2010  
NR. 50 | 66. JAHR | K  
PREIS 1,40 EURO  
[www.suedkurier.de](http://www.suedkurier.de)

# SÜDKURIER

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

**KONSTANZ/ZÜRICH**

## Nycomed verliert, bleibt aber auf Kurs

Mit Einbußen bei Umsatz und Gewinn, aber ohne den befürchteten Erdrutsch hat der Pharmakonzern Nycomed das Jahr 2009 abgeschlossen. Der Patentablauf für das Magenmittel Pantoprazol wirkte sich ungünstig aus. Vorstandsvorsitzender Håkan Björklund sprach in Zürich von einem „robusten“ Geschäftsverlauf und guten Zahlen in den Schwellenmärkten. Für 2010 ruhen viele Hoffnungen auf dem Lungenmittel Daxas, dessen Zulassung Nycomed bald erwartet. (rau)

**SINGEN**

## 2,5 Lotto-Millionen gehen in den Hegau

Der Lotto-Jackpot ist geknackt: Der Gewinner von 2,5 Millionen Euro kommt aus dem Raum Singen. Der Gewinner habe alle sechs Zahlen und die Superzahl richtig getippt, so Klaus Sattler, Pressesprecher von Lotto Baden-Württemberg. Per Post bekommt der frischgebackene Millionär Bescheid über seinen Gewinn. Das Geld wird ihm dann in den nächsten Tagen auf sein Konto überwiesen. (jus)

**STOCKACH**

## Kinder werfen Steine auf Autobahn

Schrecksekunden auf der Autobahn 98 bei Stockach: Am Sonntag haben vier Buben zwischen zehn und 13 Jahren von einer Brücke kleinere Steine auf Fahrzeuge geworfen und mehrere Autos beschädigt, meldete die Polizei gestern. Die Buben wurden nach belehrenden Gesprächen von der Polizei an ihre Eltern übergeben. (sg)

**ÜBERLINGEN**

## Rathauswechsel über den See

Mit der Amtseinführung von Raphael Wiedemer-Steidinger schloss Oberbürgermeisterin Sabine Becker gestern den von ihr vorangetriebenen Umbau der Überlinger Verwaltungsspitze ab. Der neue Leiter des „Fachbereichs I“ hat die Hauptverwaltung mit Jugend, Schule und Sport, Bürgerservice, Öffentliche Ordnung und Kultur sowie Personal, Steuerungsdienste und Organisation unter sich. Er wechselt von der Konstanzer Stadtverwaltung über den See, dort war er seit 2002 stellvertretender Hauptamtsleiter. (mba)

**BODENSEE-WETTER**

7° Höchstwert heute Nachmittag  
0° Tiefstwert in der Nacht auf morgen

[www.suedkurier.de/wetter](http://www.suedkurier.de/wetter) Seite 10



## Auf dem Weg zur wichtigsten Messe der Welt

**Vernetzt in der realen** wie in der virtuellen Welt: Die weltgrößte IT-Messe Cebit wurde am Abend von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Spaniens Ministerpräsidenten

José Zapatero eröffnet. Spanien ist Partnerland der Cebit. Bis Samstag stellen rund 4150 Unternehmen ihre Produkte aus. (Hintergrund auf „Leben und Wissen“) BILD: GETTY

# Darf man Politiker mieten?

- CDU-Sponsoring gerät heftig in die Kritik
- Opposition verlangt mehr Transparenz
- Stefan Mappus spricht nur gratis

VON GABRIELE RENZ

**Stuttgart** – In der Parteienlandschaft regt sich Kritik an der Sponsor-Praxis der CDU. Die Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Sachsen hatten Sponsoren Gespräche mit den jeweiligen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers und Stanislaw Tillich gegen Bares angeboten, wenn sie bei Parteitag Standfläche mieten. Der sächsische Regierungschef wies gestern alle Vorwürfe zurück. Die Sponsoring-Praxis seiner Partei sei rechtlich in Ordnung. „Der sächsische Ministerpräsident ist nicht käuflich“, sagte Tillich bei einer Veranstaltung in Dresden.

In Baden-Württemberg nehmen die Parteien von Verbänden oder Interessengruppen 200 bis 250 Euro pro Quadratmeter Standfläche. „Partnerpakete“ wurden von der regierenden CDU nicht angeboten. „Wir verkaufen Qua-



Stanislaw Tillich, Sachsen



Jürgen Rüttgers, Nordrhein-Westfalen

dratmeter und keine Gespräche“, kommentiert Generalsekretär Thomas Strobl. Ministerpräsident Stefan Mappus ist demnach nicht zu mieten. Die Opposition in Berlin fordert Konsequenzen aus der „Sponsor-Affäre“.

Kritisiert wird unter anderem, dass die CDU in diesen Bundesländern nicht klar zwischen Partei- und Staatsamt trenne. Der Generalsekretär der baden-württembergischen SPD, Peter Friedrich, verlangt zudem ein verpflichtendes „Lobbyregister“, wie es Transparency International seit langem vorschlägt. Dort sollen sich alle eintragen, die Kontakte mit Parlament und Regierung haben und bei politischen Entscheidungen Gehör finden

wollen. Friedrich findet, es gehe dabei auch um die „Integrität des Gesetzgebungsprozesses“.

Die Grünen sehen einen anderen Weg, die Verbindlichkeiten und Einflussnahmen offenkundig zu machen. Die Bundestagsfraktionschefin der Grünen, Renate Künast, schlägt vor, dass Einnahmen aus Sponsoring genauso wie direkte Parteispenden „zeitnah und regelmäßig“ zu veröffentlichen sind. CDU-Landeschef und Ministerpräsident Stefan Mappus, der in sein erstes Kabinett eine „Staatsrätin für gesellschaftliche Werteentwicklung“ berufen hat, ist in dieser Frage eindeutig: Er komme gern an die Stände, aber kostenlos. In der Landesvorstandssitzung der CDU versicherte man „sauber“ zu sein. Änderungsbedarf sieht man deshalb in der Südwest-CDU nicht. Der Koalitionspartner FDP ließ über seinen früheren Generalsekretär Dirk Niebel ausrichten: „Mit Sponsoring können sich politische Parteien finanzieren, ohne auf staatliches Geld angewiesen zu sein.“

**Leitartikel Seite 2, Hintergrund Seite 4**

Stimmen Sie ab! Sollten alle Partei-Einnahmen veröffentlicht werden?  
[www.suedkurier.de/umfrage](http://www.suedkurier.de/umfrage)

**KOMMENTAR**

**LOHNABSTANDSGEBOT**

## Eine Frage der Jobs

VON MICHAEL MERKLINGER

**N**un also doch: Vollzeit-Beschäftigte haben nach einer aktuellen Studie selbst bei geringem Verdienst mehr Geld zur Verfügung als Hartz-IV-Empfänger. Damit erscheint die Behauptung von FDP-Chef Guido Westerwelle, dass sich wegen Hartz IV eine Arbeit für viele kaum noch lohnen würde, in einem völlig anderen Licht. Westerwelle hatte bundesweit für Aufsehen und stürmische Proteste gesorgt, als er die arbeitende Bevölkerung als „Deppen der Nation“ bezeichnete. Der Paritätische Wohlfahrtsverband sieht dies ganz anders: Es gibt zwischen Erwerbstätigen und Hartz-IV-Beziehern durchaus eine deutliche Differenz beim monatlichen Lohn.

Es ist daher erfreulich, dass sich Arbeiten doch lohnt – und auch wichtig. Denn damit besteht durchaus Anreiz für einen Großteil der Staatshilfe-Bezieher, Arbeit zu suchen, um etwas mehr Geld zu haben. Ob es allerdings genügend Arbeitsmöglichkeiten für Geringqualifizierte in Deutschland gibt, ist eine ganz andere Frage.

**KARADZIC-PROZESS**

## Unbelehrbar

VON DETLEF DREWES, BRÜSSEL

**D**er Mann ist gerissen. Schon mehrmals hat Radovan Karadzic mit Verfahrenstricks versucht, den Anklägern und Richtern des Internationalen Kriegsverbrechertribunals das Heft aus der Hand zu nehmen. Der einstige Serbenführer wittert die große Chance, das Gericht mit seinen eigenen Waffen zu schlagen.

Doch der Angeklagte entlarvt sich selbst. Unbelehrbar und ohne Reue trat er am ersten Prozesstag auf. Die Geschichte von den bösen Nachbarn ist so wenig historisch belegbar wie sein Hinweis, die Nato habe die Gräueltaten nur erfunden, um sein Land in Schutz und Asche legen zu können. Karadzic versucht, den serbischen Nationalismus wach zu kitzeln. Er übersieht, dass sein Volk nach einer Lebensperspektive hungert, die es dort findet, wo der einstige Serbenführer seine Feinde ausmacht. In seiner geheizten Zelle hat er nicht mitbekommen, dass es die angeblichen Feinde von der Nato waren, die seinen Landsleuten im Winter Gas zum Heizen überließen.

## Arbeit lohnt sich doch

Studie belegt: Vollzeitjob bringt mehr Geld als Hartz IV

VON STEFAN VETTER

**Berlin** – Ein Vollzeitjob im Niedriglohnssektor bringt am Ende immer mehr Geld ein als der ausschließliche Bezug von Hartz IV. Das geht aus Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hervor, die Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider in Berlin präsentierte. Die Behauptung, gerade bei Geringverdienern werde das Lohnabstandsgebot verletzt, zeuge von mangelnder Sachkenntnis des Sozialrechts, meinte Schneider mit Blick auf Äußerungen von FDP-Chef Guido Wes-

terwelle. Wer behaupte, Arbeit lohne sich in Deutschland nicht mehr, täusche die Öffentlichkeit.

Untersucht wurden die Einkommensverhältnisse in 196 Fallbeispielen, bei denen sich die Bruttostundenlöhne des Verdieners zwischen 5,95 Euro (Wachmann im Osten) und 14,07 Euro (Arbeiter im produzierenden Gewerbe West) bewegen. Je nach Haushaltstyp liegen die Einkünfte monatlich um etwa 280 bis 900 Euro höher als bei vergleichbaren Haushalten, die ausschließlich von Hartz IV leben. So hat der alleinstehende Hilfsarbeiter im Gartenbau 620 Euro mehr, als wenn er langzeitarbeitslos wäre.

**Kommentar „Eine Frage des Jobs“**

## Karadzic weist Schuld von sich

**Den Haag** (AFP) Bei seiner ersten Stellungnahme vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal hat der frühere Serbenführer Radovan Karadzic den Kampf der Serben im Bosnienkrieg als „gerecht und heilig“ bezeichnet. Die Schuld für den Konflikt mit 100 000 Toten liege bei den Führern der bosnischen Muslime, sagte Karadzic in Den Haag. Die Muslime hätten mit ihrem Streben nach einem souveränen und unabhängigen Bosnien den Krieg provoziert. Die bosnischen Serben seien dagegen nie für eine „Kriegslösung“ gewesen und hätten „um des Friedens willen“ viele Zugeständnisse gemacht.

**Kommentar und Seite 5**

ANZEIGE

**Das SÜDKURIER-Dienstags-Rätsel!**

Miträtseln und 50 € gewinnen!

Heute in Ihrer Zeitung!

SÜDKURIER